

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

PETA Deutschland e.V.
Peter Höffken
- Fachleitung -

Friolzheimer Str. 3
70499 Stuttgart

Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle
Kommandantenstr. 80
10117 Berlin
Tel.: +49 (30) 61 50 05 – 0
Fax: +49 (30) 61 50 05 – 99
landesvorsitzende@gruene-berlin.de

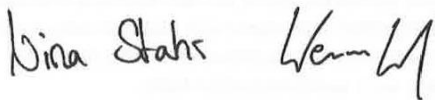
Berlin, 6. September 2021

Wahlprüfsteine PETA

Sehr geehrter Herr Höffken,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende

Wahlprüfsteine PETA

Vorwort:

Tiere bewohnen mit uns gemeinsam diese Stadt. Sie sind keine Gegenstände, sondern Lebewesen, deren Rechte es zu schützen gilt. Daher wollen wir Bündnisgrüne, dass Menschen und Tiere in dieser wachsenden Stadt gut zusammenleben und haben deshalb die Tierrechte in den vergangenen Jahren weiter gestärkt. Die rot-rot-grüne Regierung hat echte Meilensteine für den Berliner Tierschutz gelegt. So wurde die Stelle der Landestierschutzbeauftragten erstmals hauptamtlich besetzt, mit dem Verbandsklagegesetz können Personen fortan juristisch für Tiere vor Gericht ziehen, die Katzenschutzverordnung ist auf den Weg gebracht, um das Leid der freilebenden Katzen endlich zu beenden, der Weihnachtscircus darf nicht mehr vor dem Olympiastadion gastieren und es wurden neue Stellen für die Kontrollen von Tierversuchen geschaffen. Wir konnten nicht für alle Tiere Berlins Verbesserungen erreichen, doch dies fordert uns umso mehr in der nächsten Koalition, noch mehr für Tierglück zu leisten.

1. Tierversuche / Tierverbrauch in der Lehre

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass sowohl Tierversuche als auch Tierverbrauch für die Lehre in den Berliner Bildungseinrichtungen beendet und durch moderne Methoden ersetzt werden?

Ja. Wissen über alternative Methoden zu Tierversuchen soll bereits in grundständigen Studiengängen vermittelt werden und in der Lehre sollen gesetzliche Regelungen geschaffen werden, dass, wo immer möglich, auf Tierversuche verzichtet wird, wenn die Berufsbefähigung dies zulässt. In der aktuellen Legislatur hätten wir uns mehr gewünscht. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an unserem Koalitionspartner der SPD.

2. Jagdgesetz / Jagd auf Füchse

a) Wird sich Ihre Partei für eine Novellierung des Landesjagdgesetzes nach tierfreundlichen und ökologischen Kriterien einsetzen?

Ja. Das Berliner Jagdgesetz wollen wir modernisieren. Durch ein ökologisches und wissenschaftlich begründetes Wildtiermanagement wollen wir die Jagdzeiten und die Anzahl der beliebig jagdbaren Arten reduzieren. Ferner soll der Abschuss von Haustieren untersagt werden. Jäger*innen sollen darüber hinaus regelmäßig Fortbildungen und Schießprüfungen absolvieren müssen.

b) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Füchse in Berlin nicht mehr flächendeckend getötet werden dürfen?

Ja. Tiere bewohnen mit uns gemeinsam Berlin. Wie viele andere Wildtiere hat auch der Fuchs in Berlin seinen Lebensraum eingenommen. Tiere sind keine Gegenstände, sondern Lebewesen, deren Rechte es zu schützen gilt. Wir wollen, dass Menschen und Tiere in dieser wachsenden Stadt gut zusammenleben, und haben deshalb die Tierrechte in den vergangenen Jahren weiter gestärkt. In der aktuellen Legislatur haben wir uns für ein Ende der Fuchsjagd eingesetzt. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an unserem Koalitionspartner der SPD.

3.

Ernährung

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl steht?

Wir Bündnisgrüne haben in dieser Legislatur in Berlin mit der Zivilgesellschaft eine Ernährungsstrategie entwickelt und beschlossen. Eine solche Ernährungsstrategie ist einmalig in Deutschland. Ein Fokus der Strategie ist die Gemeinschaftsverpflegung. Mit der Kantine Zukunft Berlin haben wir eine Einrichtung geschaffen, die Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung dabei unterstützt, ihr Angebot auf mehr regionales, biologisch produziertes und veganes/vegetarisches Essen umzustellen. ALs BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden wir uns dafür einsetzen, dass der bei der Ernährung eingeschlagene Weg weiter gegangen wird und veganes und vegetarisches Essen in den Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung (dies schließt die Einrichtungen der öffentlichen Hand ein) häufiger auf dem Speiseplan zu finden sind.

4. Welpenhandel / Sachkundenachweis

a) Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter in Berlin einsetzen?

Generell begrüßen wir die Einführung einer verpflichtenden Sachkunde für alle Tierarten. Inwieweit die Einführung eines Hundeführer*innenscheins in Berlin verpflichtend eingeführt werden kann, muss geprüft werden.

b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Kapazitäten bei den Veterinärbehörden zu erhöhen, damit der illegale Welpenhandel in Berlin besser bekämpft werden kann?

Die mit dem Tierschutz beauftragten Behörden des Landes Berlin wollen wir so ausstatten, dass sie ihrer Arbeit vollumfänglich nachkommen können. Zudem wollen wir die zuständigen Angestellten ermutigen, das Tierschutzgesetz progressiv auszulegen. Kontrollergebnisse aus allen Bereichen haben gezeigt, dass es immer wieder Verbesserungsbedarf bei der Haltung und dem Umgang mit Tieren gibt. Nur mit ausreichenden Kontrollen lässt sich das Wohl für die einzelnen Tiere praktisch erwirken. Den illegalen Tierhandel (und hier insbesondere den illegalen Welpenhandel) wollen wir durch bessere Behördenzusammenarbeit unterbinden. Ferner werden wir die Berliner Bevölkerung über die dubiosen Machenschaften von Welpenhändler*innen informieren und darüber aufklären, dass der Kauf eines Welpen bei einer unsachkundigen Person eine Ordnungswidrigkeit darstellt, die mit bis zu 10.000 Euro geahndet werden kann.

5. Tierschutz beim Angeln

a) Unterstützt Ihre Partei ein Verbot von Wettfischveranstaltungen, bei denen es darum geht, möglichst schwere oder viele Fische in einer bestimmten Zeit zu angeln und „Fischerkönige“ geehrt werden?

Ja. Fische sind schmerz- und leidensfähige Lebewesen, die dem Schutz des Tierschutzgesetzes unterliegen. Ohne einen vernünftigen Grund, wie bspw. dem Nahrungserwerb oder der Erfüllung der Hegepflicht, ist das Angeln und Töten von Fischen nicht erlaubt.

b) Unterstützt Ihre Partei das geplante Verbot des „Catch & Release“-Angelns, bei dem Fische für das Posieren gefangen und anschließend, oft verletzt, wieder zurückgesetzt werden?

Ja. Angeln sollte hauptsächlich dem Nahrungserwerb dienen und nicht als Sport oder Freizeitbeschäftigung verstanden und betrieben werden. Das Zurücksetzen eines Fisches, Rundmaules, Krebses oder einer Muschel nach dem Fang ohne vernünftigen Grund ist verboten.

c) Unterstützt Ihre Partei ein Verbot des Angelns von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren?

Wir werden das Angelalter nicht weiter absenken und uns dafür einsetzen, dass die entsprechende Sachkunde zum Töten von Fischen in Kursen verbindlich gelehrt wird.

6. Pferdekutschen

a) Wird sich Ihre Partei für ein rechtssicheres Verbot für kommerzielle Pferdekutschen in Berlin einsetzen?

Ja. In den letzten Jahren haben wir etliche Anstrengungen unternommen, die Pferde von ihrem Kutschenleid zu befreien. Bisher nicht mit dem gewünschten Erfolg. Nichtsdestotrotz vertreten wir weiter die Überzeugung, dass Pferdekutschen nicht nach Berlin gehören. Denn auch hier darf das wirtschaftliche Interesse nicht über dem Tierschutz stehen. Gleichzeitig wollen wir berlinweit die Pferdehaltung tiergerechter gestalten und mehr Offenstallhaltung ermöglichen.

7. Tauben in Berlin

a) Befürwortet Ihre Partei die Errichtung und Finanzierung weiterer betreuter Taubenschläge in Berlin durch die öffentliche Hand?

Ja. Wir werden ein berlinweites Taubenmanagement mit betreuten Taubenschlägen zur Populationskontrolle einrichten. Wie die Umsetzung auf Bezirksebene erfolgen kann, muss individuell – auch standortabhängig – entschieden werden. Im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel muss eine langfristige Finanzierung sichergestellt werden.

b) Befürwortet Ihre Partei ein Verbot von Tauben-Wettflügen?

Ja. Tauben-Wettflüge, aber auch der Hochzeitstauen-Flug, sind nicht mit dem im Grundgesetz verankerten Tierschutzgedanken vereinbar.